

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 15.05.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus, 1. Etage, Raum 113,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:40 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Bertolt Marquardt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	anwesend ab 17:10 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Beate Fleischer	FDP	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Christoph Bernstiel	SKE	
Frau Birgitt Berthold	SKE	
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE	
Frau Dr. Regina Schöps	SKE	
Herr Stefan Schulz	SKE	
Frau Martina Wildgrube	Verwaltung	
Herr Tobias Teschner	Verwaltung	
Frau Rita Lachky	Verwaltung	
Frau Dörthe Riedel	Verwaltung	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verwaltung	
Frau Katrin Flint	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Frau Elisabeth Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Frau Krausbeck stellte die ordnungsmäßige Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Sie begrüßte den neuen Fachbereichsleiter Sicherheit, Herrn Tobias Teschner.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, erklärte, dass dem Ausschuss als Tischvorlage ein Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt zur Vernässung auf dem Dautzsch vorläge, welcher unter TOP 5.1.1 zu behandeln ist.

Weiterhin läge ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters und ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel vor. Diese sind unter dem TOP 5.3.1 und TOP 5.3.2 zu behandeln.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Frau Krausbeck bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 10.04.2014
4. Beschlussvorlagen
- 4.1 1. Änderung zur Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) vom 14.12.2011
Vorlage: V/2014/12570
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Vernässung auf dem Dautzsch
Vorlage: V/2014/12620
- 5.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Vernässung auf dem Dautzsch (V/2014/12620)
Vorlage: V/2014/12858
- 5.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) – Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen
Vorlage: V/2014/12602

5.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel
Vorlage: V/2014/12596

5.3.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion
zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel (V/2014/12596)
Vorlage: V/2014/12797

5.3.1.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag des
Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem
Parkraumkonzept im Paulusviertel
Vorlage: V/2014/12861

5.3.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-
Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel (V/2014/12596)
Vorlage: V/2014/12851

6. Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

6.1 Anfrage des sachkundigen Einwohners Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Sperrung
des Saale-Radwanderweges (Teilstück zwischen Schwanenbrücke und Talstraße,
entlang der wilden Saale)
Vorlage: V/2014/12693

6.2 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der Instandsetzung von
Spielplätzen
Vorlage: V/2014/12766

7. Mitteilungen

7.1 Baumfällliste

8. Beantwortung von mündlichen Anfragen

9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 10.04.2014

Der Niederschrift zum öffentlichen Teil vom 10.04.2014 wurde einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 1. Änderung zur Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) vom 14.12.2011 Vorlage: V/2014/12570

Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung, führte in die Beschlussvorlage ein. Sie erklärte, dass es um eine rein redaktionelle Änderung geht - bei der Bezeichnung „Friedhöfe“ handelt es sich um eine Einrichtung und gleichzeitig soll eine sprachliche Gleichstellung für Personen- und Funktionsbezeichnungen erfolgen.

Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Krausbeck bat zunächst die sachkundigen Einwohner um ihr Votum: einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die vorliegende 1. Änderung zur Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) vom 14.12.2011.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Vernässung auf dem Dautzsch
Vorlage: V/2014/12620 **i.V.m.**

zu 5.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Vernässung auf dem Dautzsch (V/2014/12620)
Vorlage: V/2014/12858

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, stellte seinen Antrag vor, der die Problematik der Vernässung auf dem Dautzsch aufgreift. Er führte aus, dass die Stadtverwaltung 1. die Vorschläge aus der Pilotuntersuchung zu den Ursachen der Vernässung auf dem Dautzsch umsetzen solle, 2. eine Informationsveranstaltung abhalten solle mit der Auswertung der Vernässungsbefragung 3. den Bürgerinnen und Bürgern über den Bearbeitungsstand zur Vernässungsbewältigung aktuelle Informationen zur Verfügung stellen solle. Mit dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion erklärte sich Herr Hildebrandt einverstanden und stimmte der Übernahme zu. **Frau Fleischer, FDP-Stadtratsfraktion**, stellte den Änderungsantrag der Fraktion vor, welcher den Antrag des Herrn Hildebrandt lediglich um einen Punkt 4 ergänzen soll. **Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung**, sagte, dass das Problem bereits in der Beigeordnetenkonferenz Thema war; zu Grundsatzfragen ist Herr Johannemann aussagefähig. **Herr Johannemann, Verwaltung**, erklärte, dass die Intention des Antrages von Herrn Hildebrandt durchaus verstanden wird, die Verwaltung aber grundsätzlich nicht zuständig sei für private Angelegenheiten, wie „nasse Keller“. Im Pilotprojekt sei bereits alles geklärt. Es gab Vorschläge – wie z.B. ein Regenwassernetz auf dem Dautzsch zu planen, jedoch sei dies sehr kostenintensiv und stelle keine endgültige Lösung dar, lediglich eine Minderung des Vernässungsproblems würde erreicht. Herr Johannemann erklärte, dass der benannte Zeitraum im AA der FDP-Fraktion nicht realisierbar sei. **Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion**, erklärte, die zeitliche Schiene streichen zu wollen.

Herr Misch, CDU-Fraktion, sagte, vordergründig sei die Frage zu klären, ob die Vernässung auf dem Dautzsch schon immer vorhanden war, ob die Bevölkerung möglicherweise durch falsche Bebauung den Umstand der Vernässung selbstverschuldet hat oder ob eine Veränderung des ursprünglichen Zustandes in den letzten Jahren erfolgt ist. Erst dann sollte man überlegen, was zu tun ist, denn das Gemeinwesen sollte nicht für ein Selbstverschulden aufkommen - Planungsleistungen sollten daher differenziert betrachtet werden. Herr Misch fragte Herrn Johannemann nach seiner fachlichen Beurteilung. **Herr Johannemann, Verwaltung**, erklärte, Vernässungsprobleme gäbe es schon immer – solche Probleme existierten aber auch in Reideburg, Kanena, Seeben oder Bruckdorf – betroffen sind allerdings „alte Keller“, welche vernässen - bei neugebauten Grundstücken gäbe es dieses Problem nicht, da hier von vornherein eine andere Grundbebauung erfolgt. Zuständig für die Vernässung, (nasse Keller) sei der Eigentümer des Grundstückes und nicht die Stadt.

Herr Marquardt, Fraktion DIE LINKE., betonte die Wichtigkeit der Unterhaltung der Gräben – wobei **Herr Johannemann, Verwaltung**, hier auf die Zuständigkeit beim Unterhaltungsverband verwies. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, schlug vor, den Satz 1 um eine Streichung der Passage „insbesondere Verbesserung der Vorflut und der Unterhaltung der Gräben und Drainagen“ zu ändern. Dem stimmte **Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion**, zu. Herr Hildebrandt erklärte, dass, wenn der Antrag im Stadtrat seine Zustimmung findet, dann auch Untersetzungsvorschläge zum Haushalt gemacht werden müssten – da die finanziellen Kosten noch nicht im Antrag geklärt wurden. **Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion**, betonte, dass selbst die Planung der Ursachenbekämpfung der Vernässung Geld kostet. **Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, fragte, ob eine Planung nur gemacht wird, wenn diese auch förderungsfähig ist. **Herr Johannemann, Verwaltung**, sagte, Planungsleistungen seien zu 80 % förderungsfähig. **Herr Fuchs, sachkundiger Einwohner**, fragte, wie viele Haushalte von der Vernässung betroffen seien. **Herr Johannemann, Verwaltung**, erklärte, 2500 bis 3000 Einwohner leben auf dem Dautzsch, betroffen seien mehrere 100 Grundstücke, aber Meldungen lägen nur von ca. 40 – 50 Haushalten vor, wo kleinere bis mittlere Probleme angezeigt wurden. Er betonte, dass viel „hausgemachtes“ dabei sei – z. B. selbstgebaute Brunnen, wo das Wasser jetzt von unten nach oben drückt. **Frau Fleischer, FDP-Fraktion**, fragte, ob die Baugenehmigungen und Auflagen der Grundstückseigentümer überhaupt eingehalten wurden und ob hydrologische Untersuchungen stattgefunden haben. **Herr Johannemann, Verwaltung**, erklärte, dass dies im Pilotprojekt untersucht wurde und betonte, dass sich bislang kein einziger Bewohner vom Dautzsch nach den Ergebnissen der Pilotuntersuchung erkundigt habe. **Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion**, betonte, dass der Antrag die Weiterführung dessen, was im Pilotprojekt begonnen wurde, anstrebt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, brachte den Änderungsantrag der FPD-Fraktion zur Abstimmung.

Zunächst bat sie die sachkundigen Einwohner um ihr Votum: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird um einen Punkt 4 ergänzt:

4. Die Stadtverwaltung prüft und berichtet bis zur Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 12.06.2014,
 - a. wie die Stadt das Ausbluten der Meliorationsleitungen und der gespannten Grundwasserhorizonte durch Sicherungsmaßnahmen bei Baumaßnahmen verhindert hat,
 - b. wer sich in der Verwaltung bei Baumaßnahmen um diese grundwasser- und meliorationswasser-sichernde Aufgabe kümmert,
 - c. wann das Problem erstmals bekannt geworden ist,
 - d. was wann konkret veranlasst wurde,
 - e. was für eine Sicherung benötigt wird und
 - f. welche Zeiträume für die Ursachenklärung zu veranschlagen sind.

Dann bat **Frau Krausbeck** um Abstimmung des geänderten Antrages von Herrn Hildebrandt, welcher geändert wurde um:

- Streichung der unter Punkt 1, Satz 1 in Klammern stehenden Passage;
 - „umzusetzen“ in „planerisch zu untersetzen“, Punkt 1, Satz 1;
 - Streichung des Zeitpunktes unter Punkt 1, Satz 3;
 - Übernahme des Punkt 4 des ÄA
- Zunächst das Votum der sachkundigen Einwohner: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Vorschläge (~~insbesondere Verbesserung der Vorflut und der Unterhaltung der Gräben und Drainagen~~) aus der Pilotuntersuchung zu den Ursachen der Vernässung auf dem Dautzsch ~~umzusetzen~~ **planerisch zu untersetzen**. Dies bedeutet insbesondere, dass die Stadt Halle einen Folgeantrag aus dem Landesprogramm zur Bekämpfung der Vernässung stellt, um die für den Dautzsch erarbeiteten Empfehlungen zu finanzieren. Hier **sind** dem Stadtrat ~~bis zum Sommer 2014~~ entsprechende Beschlussvorschläge zu machen.
2. Auf dem Dautzsch wird eine Informationsveranstaltung abgehalten, die eine Auswertung der Vernässungsbefragung der Betroffenen zum Inhalt hat.
3. Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass über den Bearbeitungsstand zur Vernässungsbewältigung aktuelle Informationen zur Verfügung stehen und durch die Bürgerschaft eingeholt werden können (www.halle.de, Amtsblatt, Aushänge auf dem Dautzsch etc.)
4. Die Stadtverwaltung prüft und berichtet bis zur Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 12.06.2014,
 - g. wie die Stadt das Ausbluten der Meliorationsleitungen und der gespannten Grundwasserhorizonte durch Sicherungsmaßnahmen bei Baumaßnahmen verhindert hat,
 - h. wer sich in der Verwaltung bei Baumaßnahmen um diese grundwasser- und meliorationswasser-sichernde Aufgabe kümmert,
 - i. wann das Problem erstmals bekannt geworden ist,
 - j. was wann konkret veranlasst wurde,
 - k. was für eine Sicherung benötigt wird und
 - l. welche Zeiträume für die Ursachenklärung zu veranschlagen sind.

zu 5.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen
Vorlage: V/2014/12602

Herr Marquardt, Fraktion DIE LINKE., führte den Antrag für die Fraktion aus und verwies auf das Ergebnis im Planungsausschuss. Dort ist der Antrag vertagt worden, bis ein Ergebnis aus dem Runden Tisch Radverkehr vorliegt. Gleiches möchte die Fraktion im OUA vorschlagen.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen zu erarbeiten und dem Stadtrat bis zum Juli 2014 zum Beschluss vorzulegen.

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, bat zunächst die sachkundigen Einwohner um ihr Votum zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Punkt 1 – zugestimmt; Punkt 2 – zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Über beide Punkte wurde getrennt abgestimmt:

- Punkt 1: mehrheitlich abgelehnt
- Punkt 2: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird um folgende Bestandteile des Konzepts ergänzt:

- **Vorschläge, wie regelwidriges Parken insbesondere in Kreuzungsbereichen nachhaltig unterbunden werden kann**
- **Möglichkeiten auszuloten, eine Entlastung des öffentlichen Raums durch Parkhäuser zu realisieren (verfügbare Flächen, Finanzierung, Investoren usw.)**

Dem Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Änderungsantrag des Oberbürgermeisters wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der im Änderungsantrag zur Streichung vorgeschlagene Satz

~~„Erste Vorschläge sollen nach der Sommerpause im Ausschuss für Planungsangelegenheiten vorgestellt werden.“~~

wird geändert in:

Die Ergebnisse werden dem Stadtrat bis zur Sommerpause 2015 vorgestellt.

Über den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters (V/2014/12797) wurde mit der Ergänzung des Änderungsantrages der SPD-Fraktion (V/2014/12861) abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für das **Paulus- und Medizinerviertel** ein tragfähiges **Parkraumkonzepte** zu erarbeiten.

Wesentliche **Untersuchungsbestandteile dieser Konzepte** sollten sein:

- **Bewohnerparken** in extrem überparkten Bereichen mit der Option von **Besucherparken** (siehe **analog des Modells der Stadtverwaltung Essen**)
- freie Parkbereiche in weniger belasteten Arealen
- bewirtschafteter Parkraum in **Mischregionen** **Bereichen mit Funktionsüberlagerungen**

~~Erste Vorschläge sollen nach der Sommerpause im Ausschuss für Planungsangelegenheiten vorgestellt werden.~~

Die Ergebnisse werden dem Stadtrat bis zur Sommerpause 2015 vorgestellt.

Der Runde Tisch Radverkehr sollte ebenfalls in die Planung mit einbezogen werden.

Erarbeitung und Umsetzung der Parkraumkonzepte sollen so weit wie möglich aus zweckgebundenen Stellplatzablösebeträgen finanziert werden. Die Kosten sind entsprechend in den Haushaltsplanungen 2015 und 2016 zu berücksichtigen.“

Dann bat **Frau Krausbeck** um Abstimmung des geänderten Ursprungsantrages (V/2014/12596). Zunächst bat sie die sachkundigen Einwohner um ihr Votum: einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für ~~das~~ **Paulus- und Medizinerviertel** ein tragfähiges **Parkraumkonzepte** zu erarbeiten.

Wesentliche **Untersuchungsbestandteile dieser Konzepte** sollten sein:

- **Bewohnerparken** in extrem überparkten Bereichen mit der Option von **Besucherparken** (siehe **analog des Modells der Stadtverwaltung** Essen)
- freie Parkbereiche in weniger belasteten Arealen
- bewirtschafteter Parkraum in ~~Mischregionen~~ **Bereichen mit Funktionsüberlagerungen**
- **Möglichkeiten auszuloten, eine Entlastung des öffentlichen Raums durch Parkhäuser zu realisieren (verfügbare Flächen, Finanzierung, Investoren usw.)**

~~Erste Vorschläge sollen nach der Sommerpause im Ausschuss für Planungsangelegenheiten vorgestellt werden.~~

Die Ergebnisse werden dem Stadtrat bis zur Sommerpause 2015 vorgestellt.

Der Runde Tisch Radverkehr sollte ebenfalls in die Planung mit einbezogen werden.

Erarbeitung und Umsetzung der Parkraumkonzepte sollen so weit wie möglich aus zweckgebundenen Stellplatzablösebeträgen finanziert werden. Die Kosten sind entsprechend in den Haushaltsplanungen 2015 und 2016 zu berücksichtigen.“

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Anfrage des sachkundigen Einwohners Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Sperrung des Saale-Radwanderweges (Teilstück zwischen Schwanenbrück und Talstraße, entlang der wilden Saale)
Vorlage: V/2014/12693**

Herr Bernstiel, sachkundiger Einwohner, hatte keine Nachfrage zur Antwort auf seine Anfrage. Die Anfrage wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 6.2 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der
Instandsetzung von Spielplätzen
Vorlage: V/2014/12766**

Die Antwort wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilt. Eine Nachfrage bestand nicht. Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

weitere Anfragen:

Zu Sitzungsbeginn wurde eine Anfrage des sachkundigen Einwohners, Herrn Bernstiel, zum Thema Fahrraddiebstähle, als Tischvorlage ausgeteilt. Die Anfrage wird im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 12.06.2014 beantwortet, wenn der Leiter des Polizeireviers Halle, Herr Mario Schwan, anwesend ist.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Frau Dr. Schöps, sachkundige Einwohnerin, fragte zu Nr. 193 der Baumfällliste (Reilstraße 124), warum der Bescheid für die Fällung erteilt wurde (ein junger Baum, ohne Krankheiten).

Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung, sagte Frau Dr. Schöps eine Beantwortung zu, welche in eines der nächsten Protokolle eingepflegt wird.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Bernstiel, sachkundiger Einwohner, führte aus, dass derzeit ein drastischer Anstieg der Kriminalität aus der Presse wahrzunehmen sei und fragt, ob es eine Erklärung für diesen signifikanten Anstieg gäbe. **Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, schloss sich der Auffassung an und benannte einen wahrzunehmenden Anstieg der Kriminalität im Bereich der Gaststätten. **Herr Teschner, Verwaltung**, sagte, dass die Polizei anhand der Kriminalstatistik Auskunft über Straftaten geben kann. **Frau Wildgrube, Verwaltung**, verwies auf die Sitzung des OUA am 12.06.2014, zu der Herr Schwan, Leiter des Polizeireviers Halle, eingeladen ist und die polizeiliche Lage in der Stadt Halle (Saale) vorstellen wird. Im Zuge dessen kann eine Beantwortung der Frage zur erhöhten Kriminalität erfolgen.

Frau Fleischer, FDP-Fraktion, fragte zur Verkehrsführung in der Kleinen Ulrichstraße, dass dies in der Presse bereits publiziert würde und schriftliche Anfragen bei den Anwohnern gestellt worden seien- ob hier seitens der City-Gemeinschaft noch reagiert werden könne? Auch sei es schwierig für Ortsunkundige, nach der neuen Planung, das Händelparkhaus zu finden.

Frau Riedel, Verwaltung, verwies darauf, dass diese Thematik noch im Planungsausschuss diskutiert würde, auch sei man noch in der Phase der Anhörung und daher nicht vor der Umsetzung. An der Zufahrt zum Händelparkhaus würde sich aber nichts ändern.

Frau Krischok, sachkundige Einwohnerin, fragte:

- a) Könnten die „Verhaltensregeln“ auf den Friedhöfen aktuell angepasst werden?
- b) Gibt es eine gültige Liste mit Informationen zu künstlerisch-historischen Grabmahlen? Könnte diese veröffentlicht werden?
- c) Wird besonders im Frühjahr und Sommer kontrolliert, ob Verkehrsschilder noch gut sichtbar sind, z.B. Murmanker Straße?
- d) Zur Thematik Berufsfeuerwehr – welche im Rahmen der zugewiesenen Aufgaben im Rettungsdienst mitwirkt:
 - Wie viele Einsätze gab es im Jahr 2013? (Bitte getrennt nach Rettungsmittel und im Verhältnis zu den gesamten Einsätzen im Stadtgebiet (s. BSBP, Tabelle 7) angeben.)
 - Wie viele Personen wurden für diese Tätigkeit ausgebildet und sind z.Z. im Einsatz?
 - Wird diese zusätzliche Qualifikation bzw. diese zusätzlich mögliche Tätigkeit vergütet? Wenn ja, in welcher Art?
- e) „In der Hanoier Straße vor dem soziokulturellen Zentrum „Bäumchen“ ist das Parken in Fahrtrichtung durch Kennzeichnung mittels weißer Linie möglich. Jedoch sehen genügend Parktaschen zur Verfügung, sodass diese Einengung der Straße und das damit verbundene erschwerte Ausparken nicht mehr notwendig ist.“
 - Kann diese Linie entfernt werden?
 - Gibt es im Stadtgebiet weitere Parkkennzeichnungen, die nicht oder nur noch wenig genutzt werden?

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, erwähnte in diesem Zusammenhang, dass in der Delitzscher Straße / Höhe Grenzstraße, ein Baum vor einem Verkehrsschild gepflanzt wurde, der möglicherweise dann auch die Sicht versperren wird.

Herr Scholtyssek fragte, wie der aktuelle Stand zur Hochwasserschutzkonzeption ist und ob seither fortlaufend daran gearbeitet wurde. **Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung**, erklärte, dass dazu in der Beschlussvorlage alles Entsprechende festgesetzt wird; Schreiben an das LHW und an das Ministerium sind erfolgt. **Herr Johannemann, Verwaltung**, ergänzte, in Bezug auf die Vorstellung der Präsentation des Hochwasserschutzkonzeptes und die sich ergebenden vier Säulen (Flächenmanagement, Bauvorsorge, Verhaltensvorsorge, Risikovorsorge), dass eine Abarbeitung dessen lang und schwierig ist.

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, fragte zum Thema Public Viewing auf der Ziegelwiese:

- Wo sollen Aufbauten stattfinden?
- Wie sind die Regelungen zum Lärmschutz und zu den Ruhezeiten?
- Gibt es Nutzungseinschränkungen?
- Erfolgt eine Anwohnerinformation an alle Betroffenen?

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, fragte bezüglich der Mitnahme von Fahrrädern auf dem Friedhof: „Laut Friedhofssatzung dürfen Fahrräder auf Friedhöfen nicht gefahren aber mitgenommen werden. Allerdings ist auf dem Gertraudenfriedhof immer noch ein generelles Fahrradverbot ausgewiesen. Muss dies nicht angepasst werden?“

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, fragte, ob bereits eine Umsetzung der geänderten Gefahrenabwehrverordnung erfolgt ist und ob Hundehalter Beutel für die Entsorgung der „Reste“ ihres Tieres mit sich tragen. Er fragt, welche Erfahrungen die Verwaltung gemacht hat. **Frau Wildgrube, Verwaltung**, sagte, dass die Gefahrenabwehrverordnung seit 2 Jahren umgesetzt wird und bislang wenige Beschwerden eingegangen sind.

zu 9 **Anregungen**

Anregungen wurden nicht gegeben.

Für die Richtigkeit:

Datum: 27.05.14

Elisabeth Krausbeck
Ausschussvorsitzende

Katrin Flint
Protokollführerin